

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

40/2001

Kiel, 4. Mai 2001

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau: Integration von Menschen mit Behinderungen – Freizeitangebote sind noch zu verbessern

Kiel (SHL) – Anlässlich des bevorstehenden Europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen (5. Mai 2001) veranstalten der Schleswig-Holsteinische Landtag und der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Dr. Ulrich Hase, am heutigen **Freitag** ab **13:30 Uhr** im Konferenzsaal des Kieler Landeshauses eine Tagung zum Thema „**Verhinderte Freizeit?! Integration junger Menschen mit Behinderung**“. In ihrer Begrüßung der 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sagte Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

„Ich freue mich über das große Interesse an unserer heutigen Tagung.

Es ist das zweite Mal, dass der Landtag und der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen aus Anlass des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen zu einer gemeinsamen Veranstaltung einladen. Die gute Resonanz des vergangenen Jahres hat uns dazu ermutigt.

Aber nicht nur das: Wir müssen feststellen, dass die Bedingungen für Menschen mit Behinderungen in unserem Lande noch in verschiedener Hinsicht verbesserungswürdig sind. Damit die bestehenden Defizite abgebaut werden können, nutzen wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die sich jährlich auf den Europäischen Protesttag richtet. Ich sage bewusst ‚wir‘, denn es ist tatsächlich so, dass die Politik mitunter selbst einen Anstoß braucht, Probleme, die ihnen nicht jeden Tag vor Augen geführt werden, anzugehen. Und ich bin sicher, dass diese Tagung uns wieder ein

Stück weiter bringen wird. Die Anwesenheit vieler meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag mag dafür ein Hinweis sein.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, wiederum ein dichtes und interessantes Programm zusammen zu stellen, bei dem auch Ihre Beiträge aus dem Publikum ganz wichtig sein werden. Die meisten von Ihnen wissen nur zu gut, was es bedeutet, in unserer Gesellschaft immer wieder auf Unterstützung und Hilfestellung angewiesen zu sein. Auch wir, die wir von Behinderung nicht selbst betroffen sind, müssen uns klar werden, dass wir jederzeit zu Betroffenen werden können.

Viele von Ihnen versuchen etwas für Menschen mit Behinderung auf die Beine zu stellen und Angebote zu machen. Dabei machen sie leider häufig die Erfahrung, dass sie durch einen Dschungel der Zuständigkeiten ihren Weg finden müssen.

Diese Tagung soll nicht zuletzt auch dazu dienen, dass Sie Ihre Erfahrungen austauschen und Anregungen weitergeben. Vernetzung lautet das Stichwort, das einen Weg aus der Isolation und dem Einzelkämpferdasein weist. Ich sehe es durchaus auch als eine Aufgabe der Politik an, einen solchen Austausch zu fördern und damit die Eigeninitiative zu stärken. Wenn wir Ihnen heute dazu den Rahmen liefern können, dann würde ich mich darüber sehr freuen.

Die in der Lobby ausgestellten Projekte und Initiativen sind ein Hinweis darauf, dass es – zweifellos vielfach auch aus der Not geboren – sehr gute und beispielhafte Angebote gibt. Diese auch finanziell zu unterstützen ist eine Aufgabe des Landes und der Kommunen. Aber die Grundlage bilden das Engagement und der Ideenreichtum der Vereine und Verbände. Für diesen Einsatz möchte ich mich bei Ihnen im Namen des gesamten Landtages heute ganz herzlich bedanken.

Ich weiß sehr wohl, dass es noch viele politische Hausaufgaben gibt, die heute hier auch zur Sprache kommen werden. Die Diskussion um das mangelnde Angebot an schulischen Ganztagsangeboten wird in diesen Tagen unter verschiedenen Gesichtspunkten geführt. Das ist natürlich nicht zuletzt auch eine Frage der öffentlichen Finanzierung. Aber mit etwas gutem Willen lässt sich bestimmt eine Kombination aus staatlicher Förderung und privatem Engagement entwickeln.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Politik ist es, gesetzliche Grundlagen für Antidiskriminierungsregelungen zu schaffen. Auf Bundesebene wird

derzeit ein Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz erarbeitet. Auf Landesebene ist vorgesehen, noch in dieser Wahlperiode ebenfalls ein solches Gesetz zu beschließen. Manche beklagen ja, dass es schon zu viele Gesetze gibt in unserem Lande. Da ist sicher auch was dran. In diesem Fall bin ich aber der ausdrücklichen Meinung, dass es höchste Zeit ist, diese gesetzliche Lücke zu schließen. Damit haben wir dann nämlich auch eine Grundlage, die sowohl staatliches als auch privates Handeln bindet. Artikel 3, Abs. 3 des Grundgesetzes bekommt damit endlich eine genauere rechtliche Definition für seine praktische Umsetzung.

Zugleich ist ein Gleichstellungsgesetz sicherlich auch ein Weg, die Zuständigkeiten transparenter zu regeln und übersichtlicher zu gestalten.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zum Thema der heutigen Tagung: Gerade für Kinder und Jugendliche ist der Freizeitbereich sehr wichtig, weil sie in dieser Zeit vieles ausprobieren und Selbsterfahrungen machen können. In der Freizeit machen sie wichtige Schritte hin zu einem selbstbestimmten Leben als spätere Erwachsene. Mit Freunden etwas zu unternehmen – und zwar ohne dass Eltern oder Lehrkräfte dabei sind – das ist prägend für jugendliches Freizeitverhalten. Diesen Freiraum, der für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit so wichtig ist, haben Jugendliche mit Behinderungen oftmals nicht, weil sie vielfach auf Hilfe angewiesen sind. Integrative Projekte, die mit ihren Angeboten für Freiraum sorgen, gibt es nur wenige. Der Verein ‚Mauersegler‘ aus Kiel ist so ein Projekt. In ihrer Darstellung des Vereins findet sich der wichtige Satz: ‚Durch unsere Angebote sollen auch Begegnungen mit nicht behinderten Menschen gefördert werden, diesen damit die Scheu vor unseren Kindern genommen werden, so dass die Zukunft vielleicht heller wird für Menschen mit Besonderheiten.‘

Ich finde, dieses ist ein vorbildlicher Ansatz. Zugleich hoffe ich, dass es gelingt, Kinder und Jugendliche ohne Behinderung für diese Projekte zu gewinnen, in denen beide Seiten voneinander lernen und davon profitieren können. So kann auch die Isolation aufgebrochen werden, die insbesondere Jugendliche mit Behinderungen umgibt.

Integration ist nicht nur eine Aufgabe für Schule und Arbeitswelt – sie ist auch ein unverzichtbarer Ansatz für den Bereich der Freizeitgestaltung. Deshalb freut es mich, dass der Landesjugendring sich aktiv an dieser Veranstaltung beteiligt. Damit dokumentieren sie, dass der Anspruch, in-

tegrative Projekte auf die Beine zu stellen, sich keineswegs nur an die Sozial- und Behindertenverbände richtet.

Ich bin mir sicher, dass der heutige Nachmittag noch sehr interessant wird. Und ich danke Ihnen allen, dass Sie dazu Ihren Beitrag leisten werden!“

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119 V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, E-Mail: Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de. Internet: <http://www.sh-landtag.de>